

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/705

A15

Professor i.R. Dr. Wolfgang Böttcher

Georgskommende 33
48143 Münster
Tel. +49 0172 5696993

wolfgang.boettcher@uni-muenster.de

Datum 15. August 2023

Kommentar zur Drucksache 18/4131

Antrag der Fraktion der FDP:

Jetzt umsteuern und Weichen stellen für einen zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatz Schule

Ich möchte meine Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion auf fünf Problemfelder beschränken:

Erstens: Sehr zu unterstützen ist die Kritik an einem Arbeitgeber, der es offenbar für ausreichend hält, mit Notmaßnahmen grundsätzliche Personalprobleme beheben zu wollen, die sich in Kündigungen, unzureichender Rekrutierung, Überlastungen und Unzufriedenheit äußern. Weil die Leistungserbringung im Schulsystem nicht auf Technik, sondern auf professionell gestalteter Interaktion beruht, ist es geradezu skandalös, die vermeidbar gewesenen Planungsfehler und Fehlsteuerungen der Schulpolitik nun auf dem Rücken der Lehrkräfte korrigieren zu wollen. Mit Behinderung und Diffamierung von Teilzeitarbeit, zudem beruhend auf falschen Zahlen (liest denn im Ministerium niemand die Tabellen des statistischen Bundesamten?), geht man im Ministerium hinter die aktuellen gesellschaftlichen Debatten zu neuen Arbeits- und Lebensmodelle zurück. Man fordert Mehrarbeit von Menschen, die Überlast beklagen, man stellt sich nicht schützend vor Lehrkräfte, wenn Leistungsdaten der Schüler_innen die Öffentlichkeit und Presse beunruhigen und stellt einer in zwei anstrengenden Phasen akademischer und praktischer Qualifizierung ausgebildeten und geprüften Profession nun neues Personal zur Seite, das auf irgendwelchen Neben- und Schnellwegen nunmehr den Beruf zu de-professionalisieren droht. Wie kann man glauben, Lehrkräfte halten und gewinnen zu können, wenn man das Personal mental und fachlich im Stich lässt?

Zweitens: Es ist auch nötig und richtig, wenn die FDP-Fraktion darauf hinweist, dass Forschung zum Lehrkräfteberuf defizitär ist. Aber die Forderung ist dennoch zu „kurz gedacht“, wenn man Befragungen offenbar für den methodischen Goldstandard hält, statt zu sehen, dass eine nützliche Wissenschaft sich Einblicke in die Wirklichkeit verschaffen muss – sie muss dabei sein, nicht Meinungen abfragen. Auch sind die im Antrag der FDP angesprochenen Themen relativ spezifisch und willkürlich, während doch inhaltliche

Lücken eher grundsätzlicher Art sind. Exemplarisch sei daran erinnert, dass wir kaum über aktuelle arbeitsmedizinische Erkenntnisse zum Beruf verfügen, fast nichts über personale oder soziale Kompetenzen von Lehrkräften wissen, die fachlichen Inhalte, die unterrichtet werden sollen, keinen Rückhalt in gesellschaftlichen Debatten haben, dass wir kaum wissen, welche der wenigen Weiterbildungen sinnvoll und effektiv sind oder welche besonderen Kompetenzen diejenigen erwerben müssen, die in Bildungsgängen unterhalb des Gymnasiums arbeiten. Noch wenigen interessiert sich eine konservative Schulpolitik dafür, wie Lernen jenseits der Zerstückelung der Schulwoche in fachliche Häppchen anders gelingen könnte oder wie man das Schulsystem führen kann, damit gute Praxis skaliert werden kann.

Man wird vernünftigerweise nicht der Schulpolitik in NRW zumuten, solche Forschung alleine zu unterstützen. Aber sie könnte Impulse in die KMK für gemeinsame Förderungen geben und mit dem Druck der Länder auf das um Anerkennung bemühte BMBF, immerhin FDP-geführt, einwirken, im Programmschwerpunkt „Empirische Bildungsforschung“ gezielt Projekte auszuschreiben, die multiperspektivisch – Didaktik, Psychologie, Pädagogik, Arbeitsmedizin, Organisationspsychologie, Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendpsychiatrie einbeziehend – die Berufswirklichkeit von Lehrkräften analysieren. Die Ergebnisse könnten nicht nur die Grundlage für den „attraktiven Arbeitsplatz Schule“ legen, sondern, mehr als nur eine „zeitgemäße“, auch eine zukunftsfähige Schule begründen.

Drittens: Vor einer Intensivierung einer nützlichen empirischen Forschung müsste eine den „neuen Unternehmenskulturen“ nahstehende Partei aber nicht nur „Wertschätzung und Anerkennung“ erwarten, sondern die „Unternehmensspitze“, also das Schulministerium fragen, wo eigentlich das mittlere Management bleibt, wo es informiert und berät. Diese Ebene ist im Organisationsmodell des Schulwesens in NRW zwar gewichtig, aber offenbar nicht wichtig. Sie scheint auch wenig an der Realität in Schulen und Schulklassen interessiert zu sein. Welches sind die für unsere Themen einer guten und gesunden Schule sowie eines attraktiven Arbeitsplatzes relevanten Befunde, die mittlere und untere Schulaufsichten, die Qualitätsanalyse oder die Schulentwicklungsberater zur Innovation beitragen? Wie unterstützen sie Lehrkräfte und Schulleitungen, wie bilden sie Netzwerke kooperierender Schulen, wo sorgen sie dafür, dass die einen von den anderen Schulen lernen, wie können und wollen sie ihr Wissen in die komplexe Struktur des Ministeriums einbringen? Sollen sie das überhaupt?

Viertens: Das „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ des Ministeriums, auf das sich das FDP-Paper ja auch indirekt bezieht, sollte genauer und auch mit einem kritischen managerialen Blick kritisiert werden, weil es keine strategischen und leistungsrelevanten operativen Ansätze aufweist, die für moderne Unternehmensführung typisch sind. Das Papier besteht wesentlich aus vielfältigen, kurzschrittigen, unabgestimmten und lediglich verwaltungstechnischen sowie durchweg befristeten Maßnahmen. Die Vorstellung, solche Notmaßnahmen könnten sich irgendwie zusammenfügen und dazu führen, dass die durchweg erwartete Dauerkrise der schulischen Personalwirtschaft irgendwie überwunden wird, ist gefährlich naiv. Unabhängig von parteipolitischen Programmen kann doch gefragt werden, inwieweit die überkommene

Lehrkräftebildung zumindest für den Berufseinstieg in ein einfacheres Modell transformiert werden könnte, das sich einem weiterentwickelten Modell eines geregelten Seiteneinstiegs angleicht. Was könnten Wege sein?

Eine Skizze muss hier reichen: Eine geordnete Lehrkräftebildung könnte auch mit einem Fach (vor allem einem Mangelfach) möglich sein. Sollte der Lehrerarbeitsmarkt auf dieser Basis keine oder zu wenige Vollzeitstellen anbieten oder falls es andere Gründe geben könnte, die gegen die Ein-Fach-Lehrkraft sprechen, sollte die Nachqualifizierung ein dauerhaftes Weiterbildungsangebot der Hochschulen werden. Die Bildungswissenschaften müssten ein stringentes Kerncurriculum entwickeln, das auch als Kompaktmodell, ggf. auch berufsbegleitend, absolviert werden kann. Dieses Kerncurriculum wäre auch Pflicht für den qualifizierten Seiteneinstieg einer Bewerber_in mit nur einem Studienfach, das ursprünglich auch nicht mit der Absicht gewählt wurde, den Lehrberuf zu ergreifen. Man könnte an eine Konvergenz der beiden Wege denken, auf dessen Fundament eine laufbahnbegleitende „Karrierisierung“ aufbauen kann. Ich will noch anders fragen: Ist die hohe Belastung und der hohe Zeitaufwand mit dem Studium von zwei Fächern, ihrer Didaktik und bildungswissenschaftlichen Inhalten für einen Einstieg in den Beruf zwingend? Nur am Rande: Mit alternativen Modellen wie diesem wäre auch die für mich unvernünftige Polyvalenz „vom Tisch“. Und warum ist der erste Studienabschluss (entgegen seiner internationalen Bedeutung) in Deutschland so unterbewertet?

Fünftens: Im FDP-Papier finden sich weitere Ideen und Ansätze – zu viele. Manches klingt plausibel, wie zum Beispiel die kritische Frage nach hohen Studienabbrüchen oder die Forderung zur Prüfung der Quantitäten in schulischen Curricula. Aber solche großen und komplexen Themen mit Halbsätzen in Listen hinter bullet points aufzuschreiben, trivialisiert diese Themen und entwertet dadurch andere Forderungen. Wenn dazu noch Forderungen kommen, deren Sinn sich nicht erschließt, zum Beispiel „Praxislehrer auf Honorarbasis“, oder die so abstrakt sind, dass man sich alles Mögliche darunter vorstellen kann, wie „Vorbereitungsdienst zeitgemäßer“ zu gestalten, führen nicht weiter. Im Gegenteil wird man durch Überladung durch zu viele und eher kryptische Aufgaben eher den Anreiz setzen, nicht zu handeln. Ich glaube nicht, dass es eine politikfremde Forderung ist, wenn ich solche „Einkaufslisten“ für falsch halte. Zumindest eine dem unternehmerischen Denken zugewandte Partei kann nicht leugnen, dass jedes Unternehmen überfordert ist und zu scheitern droht, wenn man ihm zu viel auf einmal zumutet – vor allem während einer Krise.



Wolfgang Böttcher